

Leipzig-Grünau: Wie die Baseballschlägerjahre zum heutigen Erfolg der AfD beitragen

Paul Zschocke

1. Einleitung

Leipzig-Grünau, Großwohnsiedlung am westlichen Rande Leipzigs, ist eine der prägendsten Siedlungen der DDR-Wohnungspolitik (Grunze 2017: 56). Während einige langjährige Bewohner:innen in Interviews ihre Erinnerung an die »Gartenstadt« (G1 2018) gegenüber verfallenen Altbauvierteln der DDR-Zeit betonen, verweisen andere darauf, dass Grünau seit 1990 »von außen als Ghetto« (G2 2018) verschrien ist. Den Charakter des Stadtteils prägen der Bevölkerungsverlust von 88.000 (1990) auf 40.700 (2010) und die umfangreichen Wohnungsabrisse (6.800 von einst 36.000 Wohnungen) während des »Stadtumbau[s] Ost« (Grunze 2017: 53; 69). Ursächlich dafür war der Niedergang des Leipziger Westens als Industriestandort im Zuge der Vereinigung von BRD und DDR (Intelmann 2020; Rink 2010). Langjährige Bewohner:innen Grünaus empfinden die Folgen dieses Prozesses als Benachteiligung, die sich negativ auf ihre Lebensqualität im Stadtteil auswirkt (Budnik et al. 2017: 89).

Seit der Bundestagswahl 2017 steht Grünau in erster Linie wegen des Erfolgs der Alternative für Deutschland (AfD) im Fokus: Mit Ergebnissen von 25,0 % (Grünau-Ost) bis 29,5 % (Lausen-Grünau) ist Grünau einer der erfolgreichsten städtischen Stimmbezirke der AfD. Grünau steht dabei paradigmatisch für ein Muster urbaner Zustimmung zur AfD in Ostdeutschland (Naber 2019). Deutlich wird, dass »eben nicht nur die Dörfer am Stadtrand emsig AfD gewählt haben, sondern auch die Bewohner der Plattenbausiedlungen in Grünau, Schönefeld-Ost, Mockau und Paunsdorf« (Julke 2020), die bis dato »als Hochburgen von DIE LINKE galten« (Vöckler 2019: 18).¹ Obwohl dieser Stimmenwandel unbedingt erklärungsbedürftig ist, sind lokale Perspektiven auf die Wahlerfolge der AfD bisher eher rar (u. a. Mullis/Zschocke 2019; Bescherer et al. 2021).

1 Leipzig-Grünau ist kein gänzlich homogenes »Plattenbauviertel«, im Zentrum existiert eine Eigenheimsiedlung, der Fokus liegt hier jedoch auf der Großwohnsiedlung und ihren Plattenbauten.

Solche Perspektiven analysieren die Verräumlichung von Kontinuitäten und regressiven Einstellungspotentialen, um die Wahlerfolge der AfD zu verstehen. Dabei treten Stimmengewinne extrem rechter Parteien zyklisch auf und regionale sowie kleinräumige historische Kontinuität sind zentral (u.a. Arzheimer et al. 2001; Goerres et al. 2018). So ist die AfD heute dort erfolgreich, wo in der Vergangenheit auch Republikaner (REP) und die Nationaldemokratische Partei (NPD) Erfolge verbuchen konnten. Solche »demokratiefernen Räume« (Richter/Bösch 2017) sind durch ein »langfristiges politisches Klima von Demokratieverdrossenheit und Demokratiefeindlichkeit« (Richter et al. 2019: 7) geprägt. Zugleich wurden bei der Mehrheit der AfD-Wähler:innen manifest rechtsextreme und autoritäre Einstellungsmuster nachgewiesen (u.a. Vehrkamp 2021: 4). Dieser Beitrag versteht solche Einstellungsmuster als *regressive Einstellungspotentiale*. In den letzten Jahren wirken sie zunehmend auf Wahlentscheidungen und insbesondere die AfD mobilisiert sie mithilfe »regressiver Politiken« (Mullis/Zschocke 2020: 120; 134-135). Wie Daniel Mullis und ich in einem gemeinsamen Projekt außerdem herausgestellt haben (Mullis/Zschocke 2019: 119-121), sind *Abstieg*, *Entdemokratisierung*, *soziale Lage* und *Rassismus* vier wesentliche Dimensionen, die zur Erklärung diese Erfolgs herangezogen werden sollten, wobei nicht zuletzt die Frage der demokratischen Teilhabe besonders zentral scheint (Geilen/Mullis 2021). Folglich vertiefe ich im vorliegende Beitrag insbesondere die Dimension der *Entdemokratisierung* aus qualitativer Perspektive. Dazu ergänze ich quantitative Befunde zu *demokratiefernen Räumen* um eine Analyse *rechter Raumnahme* der 1990er-Jahre, die in journalistischen Arbeiten unter dem Schlagwort *Baseballschlägerjahre* jüngst aufgegriffen wurde (Bangel 2019; Helles Sachsen 2019; Kasek 2019). Ich gehe der Frage nach, welche Rolle die rechte und rassistische Gewalt der 1990er-Jahre für aktuelle regressive Politiken und die Erfolge der AfD in Grünau spielt.

Der erste Teil dient der Reflexion von Arbeiten zu »rechter Raumnahme« und der Entwicklung eines heuristischen Konzeptes, das die Bedingungen und langfristigen Folgen extrem rechter Praxen und regressiver Politiken im Lokalen erfasst. Anschließend folgen die Darstellung und Analyse rechter Raumnahme in Grünau während der 1990er- und frühen 2000er-Jahre. Dazu setze ich mich mit (journalistischen) Betroffenen- und Expert:inneninterviews, Zeitungsberichten und Eindrücken, die ich während eines ethnographischen Stadtrundganges im Sommer 2020 gesammelt habe, auseinander. Abschließend diskutiere ich die Auswirkungen der rechten Raumnahme und ihrer Festschreibung in einer regressiven Stadtteilkultur sowie der Feindschaft gegenüber alternativen, zivilgesellschaftlichen Orten auf die heutige Situation im Stadtteil und die Erfolge der AfD.

2. Demokratieferne Räume und rechte Raumnahme

Im Zentrum von Analysen zu rechter Raumnahme stehen territoriale Praxen extrem rechter Akteur:innen sowie ihre Wahlerfolge.² Mit der Etablierung der Strategie der »National befreiten Zonen« Ende der 1990er-Jahre im Umfeld der NPD sind insbesondere in Ostdeutschland »sozialräumliche Machtversuche« (Heitmeyer 1999: 47) und ein »ideologisch begründeter Kleinkrieg gegen ›Feinde‹ um Raumordnung und Macht« (Wagner 2002: 19) beschrieben worden. Deutlich wurde: Rechte Hegemoniebestrebungen sind kein »Übergangsphänomen aufgrund der sozialen, politischen und ökonomischen« Transformation der frühen 1990er-Jahre, sondern Konsequenz verschränkter Krisenphänomene, die zur »Ausweitung, Eskalation, Stabilisierung und Normalisierung fremdenfeindlicher Einstellungen und rechtsextremistischer Gewalt geführt haben« (Heitmeyer 1999: 47-48). Im Verlauf zweier Jahrzehnte sind, so Thomas Bürk (2012: 32), »Reproduktionsräume einer rechten, neonationalsozialistischen Bewegung entstanden«, die keinesfalls als »jugendkulturelles Phänomen betrachtet werden können«. Im Folgenden verdeutliche ich die spezifische Situation *regressiver Politisierung* in Ostdeutschland anhand empirischer Befunde. Anschließend werden Peripherisierung und Segregation als Ursache rechter Raumnahme diskutiert und Raumordnungskriterien zur Beurteilung konkreter Bestrebungen werden erläutert. Abschließend wird rechte Raumnahme als Problem lokaler Hegemonie bestimmt und mit dem Konzept der reflexiven Stadtgesellschaft die normative Dimension der Analyse eingeführt.

2.1 Regressive Politisierung in Ostdeutschland

Anhand empirischer Befunde kann die Bedeutung »demokratieferner Räume« (Richter/Bösch 2017) für die Politisierung *regressiver Potentiale* konkretisiert werden. Während rechtsextreme Einstellungen seit der Gründung der Bundesrepublik rückgängig sind (Arzheimer et al. 2001: 228), läuft diesem Trend die Entwicklung in Ostdeutschland entgegen. Die 1990 noch niedrigeren Werte gleichen sich bis 2008 an die Werte im Westen an (Decker et al. 2018: 87); heute teilen im Osten 9,5 % manifest rechtsextreme Einstellungen, während der Anteil über die Jahre im Westen auf 3 % gesunken ist (Decker et al. 2020: 51). Regressive Einstellungspotentiale haben sich im Osten vor allem nach der Wende etabliert und sind nicht zuletzt Folge des gesellschaftlichen Wandels nach der Jahrtausendwende (Quent

2 Ein etwas älterer Forschungsstand zu sozialräumlichen Arbeiten der Rechtsextremismusforschung findet sich bei Bürk (2012: 27-31).

2016: 111-112).³ Gerade in Ostdeutschland wurden, so Stöss (2000: 32), nach der »Wende« große Hoffnungen in Demokratisierung und Marktwirtschaft gesetzt; die »anfänglich große Zuversicht in das westliche System« ist dann aber »in besonders herbe Enttäuschung« (ebd.) umgeschlagen. Wenn auch diese tradierten Bedingungen weiter prägen, ist es *heute* akut das »Gefühl der kulturellen Bedrohung durch die Zuwanderung von ethnisch-kulturell fremden Menschen nach Deutschland«, das für das Erstarken regressiver Politiken verantwortlich zeichnet, resümiert Lengfeld (2018: 306).

Insbesondere in den Stadtteilen vieler Großstädte ist der Zusammenhang zwischen dem Anteil migrantischer Menschen und lokalen Ergebnissen der AfD jedoch höchst unterschiedlich (Geilen/Mullis 2021: 136), sodass »es auf die Betrachtung tradierter Rassismen und urbaner Exklusionsmechanismen sowie Konfliktlagen ankommt« (ebd.: 138). Gerade für Ostdeutschland ist auch der Zusammenhang von regressiven Einstellungspotentialen und sozioökonomischen räumlichen Ungleichheiten im lokalen Kontext belegt (u.a. Grau 2017: 17-19; Wolf/Grau 2013: 130-131). Betont wird das subjektive Empfinden von Benachteiligung (Heitmeyer 2007), Unsicherheit und Orientierungslosigkeit (Hüpping/Reinecke 2007: 95), woraus Erfahrungen der politischen Machtlosigkeit erwachsen (u.a. Marth 2013). All diese Faktoren werden als bedeutsam für die Etablierung von regressiven Einstellungspotentialen betont. Eine aktive und lokal verankerte Zivilgesellschaft kann hier entgegenwirken und ist für die soziale Kohäsion – neben dem Ausgleich durch soziale Gerechtigkeit – insofern von besonderer Bedeutung, als sie politische Teilhabe und Einflussnahme ermöglicht (ebd.: 79; Gundelach 2017: 218).

2.2 Rechte Raumnahme und reflexive Stadtgesellschaft

Quent und Schulz (2015) schlagen vor, die Vermittlung regressiver Politiken im Alltag nicht in erster Linie anhand von Angebotsstrukturen, also aktiven Kame-radschaften, Treffpunkten und Parteien, zu untersuchen. Auch langfristig wirk-mächtige »Kontextfaktoren« (Quent/Schulz 2015: 285) wie die lokale politische Kultur, die Veränderung sozioökonomischer Lagen ebenso wie die kurzfristige Verarbeitung von Krisen als situative Effekte sollten in Analysen berücksichtigt werden (Quent 2016: 112). Als relevante Kontextfaktoren des Erfolgs der AfD und territorialer Strategien der extrem Rechten bestimmen Förtner et al. (2019) die Ent-stehung »neuer Peripherien« (ebd.: 33). Im Prozess dieser Peripherisierung »wer-den große Teile der Bevölkerung in Außenbezirke verdrängt und ehemals wichtige Produktionsstätten erfahren einen Niedergang« (ebd.), wobei die subjektive Erfah-

3 Die Dimension der »Ausländerfeindlichkeit« des ostdeutschen Bevölkerungsteils, die seit jeher stärker ausgeprägt ist als im Westen der Republik (Decker/Brähler 2018: 81-87).

rung von »Entfremdung und Ausgeschlossensein vom Zentrum« (ebd.) sowie des »Verlust[s] von Zentralität« (ebd.: 36) prägen. Auch sozialraumbezogene Studien zu gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zeigen, dass insbesondere periphere Stadtviertel, in denen Exklusion und Segregation einen schnellen Wechsel der Bewohner:innen zur Folge haben, anfällig für die Mobilisierung von Vorurteilen und Ressentiments sind (Kraft/Freiheit 2011). Das veränderte Aufeinandertreffen von etablierten Alteingesessenen und verdrängten Zugezogenen im Stadtviertel kann die (Selbst-)Verortung der Menschen im alltäglichen Lebensumfeld verändern und ähnliche Reaktion hervorrufen wie Erfahrungen ökonomischer Entsicherung. Der Fokus auf Peripherisierung und Segregation verdeutlicht, dass regressive Einstellungspotentiale und extrem rechte Politiken nicht überall auf fruchtbaren Boden fallen und die sozialen und ökonomischen Gefüge vor Ort, aber auch lokale gesellschaftliche Hegemonien berücksichtigt werden müssen.

Um die rechten Raumnahmen – wie in Leipzig-Grünau während der Baseballschlägerjahre – kontextgebunden einzuordnen, sind die »Raumordnungskriterien« von Borstel und Luzar (2016) hilfreich. In Anschluss an Heitmeyers (1999) Diskussion sozialräumlicher Machtversuche befragen sie das typische Aktionsrepertoire rechter Gruppen – Propaganda und Gewalt – in seiner Wirkung auf das sozialräumliche und zivilgesellschaftliche Umfeld (Abb. 1) und untersuchen damit konkret, »wie jenseits demokratischer Legitimation in der Öffentlichkeit verschiedene Formen der *Machtversuche* und der Machtausübung erfolgen« (Heitmeyer 1999: 67, Herv. i. O.). Rechte Raumnahmebestrebungen zielen insofern immer auch darauf, anderen Akteur:innen die eigene regressive »Situationsdefinition« (Heitmeyer 1999: 58) aufzuzwingen und folgen einem Eskalationsschema, das idealtypisch in vier Stufen unterteilt wird.

- (1) *Provokationsgewinne*: Diese manifestieren sich durch die Verbreitung von Propaganda und kurzzeitige Besetzung des öffentlichen Raumes, sodass Gegner:innen und Zivilgesellschaft mit ihrer Präsenz konfrontiert werden.
- (2) *Räumungsgewinne* befördern die Einschränkung der Bewegungs- und Meinungsfreiheit von Gegner:innen (z.B. im Jugendclub, auf öffentlichen Plätzen) insbesondere durch körperliche Angriffe. Sie haben Opfererfahrungen zur Folge und schaffen Angsträume für Betroffene, die beginnen, nach Unterstützung zu suchen. Zugleich verkünden rechte Gruppen den »Raumkampf« durch das Ausrufen einer »National befreiten Zone« oder eines »Nazi-Kiezes«.
- (3) *Raumgewinne* lassen sich feststellen, wenn Betroffene keine oder wenig Unterstützung in der Zivilgesellschaft finden und demokratische Antworten auf rechte Raumnahmebestrebungen ausbleiben. Gegner:innen werden dauerhaft vertrieben und Betroffene beginnen, Orte der Raumnahme zu meiden; Gewalt gegen spezifische Gruppen, oft Betroffene rassistischer Diskriminierung, verfestigt deren gesellschaftliche Ausgrenzung dauerhaft. Zugleich wirken subkulturellen

Angebote, wie Feiern, rechte Musik oder ein spezifischer Stil, integrierend auf potentielle Anhänger:innen. Rechte Raumnahme wirkt insofern nicht nur *gegen* das zivilgesellschaftliche Umfeld, sondern im Fall mangelnder Gegenwehr droht zunehmende Einflussnahme auf lokale Gesellschaft.

(4) Darauf folgende *Normalisierungsgewinne* bergen die analytische Herausforderung, dass die territorialen Praxen rechter Akteur:innen, die nunmehr auf Reproduktion und Machterhalt gerichtet sind, weniger offensichtlich, subtiler und an bürgerliche Diskurse anschlussfähiger vollzogen werden. Dabei droht ein wahrnehmbarer Rückgang von Gewalt als Rückgang oder Scheitern rechter Raumnahme interpretiert zu werden. Der Rückgang kann jedoch ein Indiz dafür sein, dass Vorherrschaft nicht mehr durch spektakuläre Gewalt errungen werden muss. Zugleich kann die sozialräumliche Dominanz blind machen für Alltagsgewalt und latente Ausgrenzung in diesen »Angsträumen« (Bürk 2012: 288). Normalisierungsgewinne sind somit schwieriger zu erkennen und zugleich gesellschaftlich hochgefährlich. Durch sie entsteht ein latentes »rechtsextremes Raumklima« (Richter et al. 2019), das auch jenseits konkreter Gewalttaten wirkt und *demokratische Räume* konstituiert.

Um diesem normativen Problem gerecht zu werden, sollte die Analyse rechter Raumnahme auf die Initiierung einer »reflexiven Stadtgesellschaft« (Grau/Heitmeyer 2013: 31-33) gerichtet sein. Darunter ist der Umfang an zivilgesellschaftlichem Engagement zu verstehen, das der Abwehr und Verdrängung von Problemdefinitionen zu rechter Raumnahme entgegentritt.

Abb. 1: »Raumordnungskriterien« nach Borstel und Luzar (2016)

Raumordnungsgewinne	Mögliche Handlungen	Wirkung auf Nicht-Rechtsextreme und Raumordnung
Normalisierungsgewinne	Öffentliches Auftreten Rückgang von Gewalt	Akzeptanz oder Abfindung Kein Diskurs mehr (Schweigen) Rückzug zivilgesellschaftlicher Akteure
Raumgewinne	Demonstration des Raumgewinns Weitere Gewalt gegen »Feinde« Verächtlichmachung der Unterlegenden Integrierende Aktionen für Mitglieder (z. B. Feste)	Vertreibung von Orten Ausweichen von Orten (Umgehungsstrategien) Kenntnis von Treffpunkten Angst und Einschüchterung Diskurs
Räumungsgewinne	Gewaltaktionen gegen »Feinde« Raumorientierte Manifestationen Verkündung des Raumkampfes Konzentration auf bestimmte Orte	Angst und Einschüchterung Opfererfahrungen Unsicherheit im Umgang Suche nach Hilfe beginnt
Provokationsgewinne	Plakataktionen Sprühereien Öffentliche Kurzauftritte Öffentliche Gründungen Verteilungsaktionen	Erste Wahrnehmungen Erste Begegnungen Beginnende Sensibilisierung

Raumnahmestrategien extrem rechter Akteur:innen sind nicht losgelöst vom Kontext und der gesellschaftlichen Situation vor Ort zu untersuchen und das Maß an zivilgesellschaftlicher Gegenwehr ist zentral (Bürk 2012: 333). Die Analyse des Wechselverhältnisses zwischen *rechter Raumnahme* und *zivilgesellschaftlicher Reaktion* sowie der erreichte Grad rechter Raumordnungskriterien (Abb. 1) können insofern als Zugang zur Analyse lokaler politischer Kulturen und regressiver Einstellungspotentiale fruchtbar gemacht werden.

3. Die Baseballschlägerjahre in Grünau

Ab dem November 1989 wandelte sich die Stimmung auf Leipzigs Straßen, besonders im Umfeld der wöchentlichen Montagsdemonstrationen (Meltschack et al. 2021). Auch wenn diese als Kulminationspunkt der »Friedlichen Revolution« ins öffentliche Bewusstsein eingegangen sind, berichten Zeitzeug:innen über die regressive Schlagseite der Proteste. So seien sehr bald Rufe nach »Großdeutschland« zu vernehmen gewesen, es sei zu Bedrohungen sowie Angriffen auf Alternative und »Ausländer« sowie Aufrufen zur »Lynchjustiz« gekommen (Schneider/Mareth 2020: 245-248). Die Rekrutierungsversuche neonazistischer Parteien und Organisationen aus Westdeutschland (insb. Die Republikaner) fielen hier auf fruchtbaren Boden, wie Zeitzeug:innen den Oktober 1989 schildern (ebd.: 244). Berichten über solche *Provokations- und Räumungsgewinne* wurde in den letzten Jahrzehnten kaum Gehör geschenkt – dies ändert sich gegenwärtig im Lichte der Debatte um die Baseballschlägerjahre in Ostdeutschland.

Eingebettet in diese Stimmung etablierten sich in der peripheren Lage Grünau schon 1990 erste Strukturen extrem rechter Parteien, Chauvinismus und Rassismus waren weit verbreitet und schlugen vielfach in Überfälle auf alternative Orte sowie Unterkünfte für Asylsuchende um (Rassismus Tötet 2012: 6-7). Insbesondere eine am Rande Grünaus gelegene Unterkunft für Asylsuchende (Ortsteil Lausen) wurde in den frühen 1990er-Jahren wiederholt Ziel von Angriffen. Unmittelbar nach dem tagelangen Pogrom in Rostock-Lichtenhagen im August 1992 kam es zu einem Angriff, an dem bis zu 100 rechte Gewalttäter:innen beteiligt waren. Steine, Flaschen und Brandsätze flogen, wobei mehrere Bewohner:innen zum Teil schwer verletzt wurden. Bereits nach einem Angriff im August 1991 äußerten sich die Täter:innen bereitwillig in den Medien und bekräftigten, den Tod der Menschen billigend in Kauf genommen zu haben. Anwohner:innen zeigten Verständnis für den pogromartigen Überfall und äußerten Bereitschaft, sich ebenfalls an solchen Taten zu beteiligen (Siegel/Schapira 1991). Die Polizei in Leipzig war vielfach nicht in der Lage, Angriffe zu verhindern, selbst wenn sie vor Ort war (ebd.; Meltschack et al. 2021).

3.1 Der Kirschberghauskonflikt – rechte Raumnahme mit kommunaler Unterstützung

In Grünau sollte bei Baubeginn 1976 nach Planung Wohnraum für bis zu 100.000 Menschen entstehen, bis 1989 wuchs die Bevölkerung sukzessive auf 88.000 an. Zugleich wird noch heute rückblickend ein Mangel an öffentlicher Infrastruktur konstatiert (G1 2018; G2 2018; G3 2018), der schon damals den Charakter des Stadtteils als »zentrale Peripherie« (Förtner et al. 2019: 39) ausmachte. Neben fehlenden Straßen und Nahversorgungseinrichtungen betraf dies insbesondere jugendkulturelle Einrichtungen, Sportstätten und allgemein Orte der Begegnung. Während der DDR und der unmittelbaren Zeit nach ihrem Zusammenbruch sei diesem Mangel durch aktive Hausgemeinschaften, nachbarschaftliche Hilfe und die ›DDR-Nischenkultur‹ Abhilfe geschaffen worden (G2 2018). Nach 1990 wurden die infrastrukturellen Defizite mittels Errichtung eines großen Marktzeltens und später durch den Bau der beiden Einkaufszentren PEP und Alleecenter in Grünau-Mitte gemildert. Der Mangel an Orten der Begegnung wird hingegen teilweise bis heute betont. Dies hat besondere Bedeutung, zumal die »engen Hausgemeinschaften« (G2 2018) mit dem Ende der DDR-Gesellschaft und den einschneidenden Umbrüchen ebenfalls erodierten. Ohnehin wurde der ideologisch aufgeladene sowie mitunter zwanghafte und repressive Zusammenhalt von einem Teil der frühen Bewohner:innen vor allem negativ wahrgenommen (G3 2018) und Abwanderung, Politisierung und Polarisierung, ökonomische Verwerfungen und veränderte Erwerbsverhältnisse untergruben das nivellierte soziale Gefüge der »arbeiterlichen Gesellschaft« (Mau 2019: 14-15; 48) auch in Grünau als bald.

Auch die Jugendkultur in Grünau veränderte sich im Zuge dieser Umbrüche. Bis 1995 gab es lediglich drei betreute Jugendeinrichtungen im Stadtteil, die alle nach dem Konzept der »akzeptierenden Jugendarbeit« (Kahane 1999) arbeiteten. Darunter auch das Kirschberghaus in Mitte, das seit 1990 kommunal betrieben und 1995 durch einen offenen Jugendtreff sowie 1996 durch den *Treff2* im gleichen Gebäude ergänzt wurde. Nachdem jugendliche Neonazis im Umfeld der Stuttgarter Allee und besonders nahe der Einkaufszentren PEP und Alleecenter durch Pöbeleien, Sachbeschädigungen und Angriffe auffielen, deuteten sich *Räumungs- und Raumgewinne* der ohnehin im Stadtteil präsenten Neonaziszene an. Neben alternativen und rassistisch diskriminierten Jugendlichen begann auch die breite Anwohner:innenschaft, die Magistrale zu meiden. Daraufhin veranlasste das Jugendamt 1996 eine Intervention durch Streetworker:innen. Die Angestellten des Jugendbildungsverein Leipzig (JBV) holten die rechten Jugendcliquen gemäß den Grundsätzen der akzeptierenden Jugendarbeit ins Kirschberghaus, was unter anderem zur Gründung des *Treff2* führte (Hagemann/Stecker 2004: 7). Dieser wurde – städtisch geduldet – von rechten Jugendlichen und Neonazis faktisch in Selbst-

verwaltung betrieben und »funktionierte bald als Bilderbuchrekrutierungsfeld für Nazikader« (Klarofix 1999: 17; Wagner et al. 1999: 21). Die neonazistische Klientel des Kirschberghauses wird in dieser Zeit auf etwa 130 gewaltbereite Jugendliche geschätzt. In der Folge entstand eine Melange aus kommunal und polizeilich gestützter Raumaneignung der neonazistischen Szene, die sich zu *Normalisierungsgewinnen* ausweiten konnte, wie im Folgenden gezeigt wird.

3.2 Die Alltäglichkeit rechter Gewalt und antifaschistische Interventionen

Nach dem Verbot einer Reihe nationalsozialistisch orientierter Organisationen im Jahre 1994 änderte die extrem rechte Szene in der BRD ihre strategische Ausrichtung. Die NPD und ihr Drei-Säulen-Konzept »Kampf um die Straße, Kampf um die Köpfe und Kampf um die Parlamente« (Wagner 2002: 26), das später um die vierte Säule »organisierter Wille« erweitert wurde, spielte hierbei eine zentrale Rolle. Im Zentrum stand fortan das Ziel der Eroberung des kommunalen Nahraums durch »kulturelle Subversion« und Dominanz in soziokulturellen Räumen unter dem Schlagwort der »national befreiten Zonen« (ebd). Insbesondere in Ostdeutschland ging diese strategische Verschiebung mit einer weiteren Zunahme von Straßengewalt und gezielten Angriffen auf Gegner:innen einher. In diesem Gefüge bildete sich Leipzig-Grünau neben der Sächsischen Schweiz und der Kleinstadt Wurzen als Schwerpunktregion in Sachsen heraus. Wie Schilderungen von Betroffenen aus Grünau verdeutlichen, wurden schwerste rechte, rassistische Gewalttaten zum Alltagsphänomen (u.a. ASN 1998):

»Mittlerweile werden erkennbar nicht-rechte Jugendliche selbst während der Schulzeit auf dem Schulgelände gesucht und angegriffen [...]. Namen von Freunden werden erpreßt, die Haare »geschnitten« [...] oder auch der Tod [wird] billigend in Kauf genommen, wie am selben Tag[,] als An der Kotsche zwei junge Iraner lebensgefährlich verletzt wurden.« (GAG 1999b)

Opfer dieser Gewalt berichten zudem, dass die polizeiliche Verfolgung der Taten weitestgehend ausblieb; vor allem Betroffene rassistischer Gewalt hätten Angst vor den Folgen einer Anzeige gehabt. Und auch Anwohner:innen, die städtische Öffentlichkeit und regionale Presse lassen jede Unterstützung von Betroffenen vermissen, sodass weite Teile des öffentlichen Raumes alsbald zum Angstraum für Betroffene wurden und sich die *Raumgewinne* der rechten Szene ins Stadtteilleben einschrieben.

Schwere Gewalttaten gehörten während der *Baseballschlägerjahre* in Grünau zum Alltag. Um aktiv gegenzuhalten, entstanden Gruppen wie das Antifaschistische Schulnetz (ASN) oder die Grünauer Antifagruppe (GAG). Gegenseitige Unterstützung im Alltag, Aufklärungsarbeit vor Ort sowie Druck auf die Öffent-

lichkeit und die Stadtverwaltung zu erzeugen, waren die erklärten Ziele einer im Ansatz vorhandenen *reflexiven Stadtgesellschaft*. Vor allem wollten sie in diesem Umfeld, in dem rechte Cliquen und organisierte Neonazis den öffentlichen Raum sowie Jugendzentren dominierten (Hagemann/Stecker 2004: 8-9), Orte für alternative Jugendliche schaffen (u.a. GAG 2001). Damals Aktive berichten noch heute im Rahmen des erwähnten Stadtrundgangs schockiert über die rechte Gewalt als traumatische Erfahrung.

Unterstützung für diese antifaschistische Arbeit kam zwischen Oktober 1998 und Sommer 2000 mehrfach aus anderen Stadtteilen Leipzigs. Plakatiert wurde eine Chronik rechter Gewalt in Grünau, am Kirschberghaus wurde eine Kundgebung organisiert und unter dem Motto »Wir wollen kein Teil einer Nazi-bewegung sein!« (GAG et al. 2000) zu einer Großdemonstration mobilisiert. Die Lage im Stadtteil spitzte sich vorübergehend weiter zu und die Aktionen endeten nicht selten in Konflikten mit Neonazis und der Polizei. Die Lokalpresse berichtete durchaus, legte ihr Augenmerk aber unisono auf die »linken Unruhestifter« (Hagemann/Stecker 2004: 8) und verteidigte die Zustände im Kirschberghaus sowie die akzeptierende Sozialarbeit.

3.3 Problematik der akzeptierenden Jugendarbeit

Die Problematik der *akzeptierenden Jugendarbeit* in Grünau reichte weit über die sozialarbeiterische Blindheit gegenüber rechten Gewalttaten und Konformitätsdruck hinaus. So etablierte sich eine zweifelhafte Zusammenarbeit zwischen Sozialarbeit und Polizei sowie polizeilichem Staatsschutz, »die in ihrer Gesamtausrichtung offenbar darauf zielt, notwendige Repression zugunsten des Flusses weiterer Informationen möglichst abzufedern« (Wagner et al. 1999: 30). Nach Aussagen des Fachpersonals wurden keine Propagandadelikte und auch »nicht jede Körperverletzung« bei der Polizei angezeigt; andere Strafverfolgungsverfahren wurden in Abstimmung mit Kontaktbeamten:innen »im Interesse der Jugendliche dort behandelt« (ebd.).

Das Kirschberghaus mit all seinen Einrichtungen – Offener Treff, »Kübel Inn« (JBV) und *Treff 2* – war in dieser Zeit ein Umschlagplatz für Propagandamaterial von Kameradschaften, der NPD und ihrer Jugendorganisation (JN). Ihre Kader gingen mit Wissen des Personals im Haus ein und aus, es fanden zeitweise Schulungen, Kameradschaftsabende und Kadertreffen statt, staatsschutzbekannte neonazistische Bands probten hier und verbreiten bei Konzerten volksverhetzende Inhalte und Mordaufrufe. Auf dem Höhepunkt dieser Aktivitäten reisten neonazistische Jugendliche und Personal des Kirschberghauses im März 1997 gemeinsam per Busreise zur NPD-Demonstration gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1939-45« in München und begriffen die Organisation der Fahrt als pädagogische Maßnahme (Wagner et al. 1999: 21-25).

Noch Ende der 1990er-Jahre weigerte sich die Stadtverwaltung, insbesondere der zuständige Jugenddezernent und der Jugendamtsleiter, die schweren Übergriffe und die Problematik um das Kirschberghaus anzuerkennen. Die Situation änderte sich nur langsam aufgrund der Öffentlichkeitsarbeit der alternativen Jugendlichen und der bezugzunehmenden Berichterstattung der überregionalen Presse (GAG 2001: 34). Gegen alle Widerstände leisteten sie damit einen gewichtigen Beitrag zum städtischen Eingeständnis, dass die Präsenz der extremen Rechten nicht mehr haltbar war, und setzten eine reflexive Haltung in der Stadtgesellschaft durch.

3.4 »Alternative Drain« – Normalisierung rechter Raumnahme durch Verdrängung

Letztlich kam eine städtische Studie zum Schluss, dass die akzeptierende Jugendarbeit vor Ort zur Plattform neonazistischer Akteur:innen und ihrer »Nationale[n] Jugendarbeit« (Wagner et al. 1999: 19) wurde. Die Situation in Grünau Ende der 1990er-Jahre ist anhand der Raumordnungskriterien von Borstel und Luzar (2016: 43; Abb.: 1) damit eindeutig im Bereich der Normalisierungsgewinne – der höchsten Stufe rechter Raumnahme – einzuordnen. Noch vor der großen antifaschistischen Demonstration »Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!« (GAG et al. 2000) gegen das Kirschberghaus im Sommer 2000 ergriff die Stadt weitreichende Maßnahmen gegen diese Zustände in der kommunalen Jugendarbeit. Unter anderem wurde die Leitung des Jugendamtes neu besetzt und der heutige Oberbürgermeister Burkhard Jung zum Beigeordneten für Jugend, Schule und Sport ernannt. Unter Mithilfe einer Initiativer kritischer Sozialarbeiter:innen wurde die Jugendarbeit komplett überarbeitet, eine Opferberatungsstelle ins Leben gerufen und es wurden strikte Grenzen in der Arbeit mit extrem rechten Jugendlichen definiert (Hagemann/Stecker 2004: 10).

Der durch neonazistische Gruppen selbstverwaltete *Treff 2* wurde ebenfalls geschlossen und im Kirschberghaus ein Trägerwechsel vollzogen. Dennoch »ging noch über längere Zeit das rechte Stammpublikum ein und aus« (ebd.: 9). Zu Rückzugsräumen avancierten jedoch vermehrt rechte Wohngemeinschaften. Bestrebungen, einen Treffpunkt für nicht-rechte Jugendliche einzurichten, wurden seitens der Stadt blockiert – es gäbe schon genügend Jugendeinrichtungen in Grünau (ebd.: 10). So blieb es im Wesentlichen bei der Situation, die die Jugendlichen Anfang 1999 in einem offenen Brief an die Stadtverwaltung schilderten:

»Viele Grünauer Jugendliche und Kinder werden aus Grünau gedrängt. So sehen sie sich gezwungen, außerhalb von Grünau ihre Freizeit zu verbringen oder sich dem politischen Bild des Umfelds anzupassen. Ehemalige alternative Clubs und Cliquentreffpunkte wurden von Faschos unterwandert oder haben sich aufgrund

massiver Drohungen und Überfälle aufgelöst. [...] Gewalttätige Übergriffe auf offener Straße sind fast zur Normalität geworden. Die tägliche Angst der Betroffenen [...] macht ein normales Leben in Grünau fast unmöglich. Bestimmte Orte, Wege und Gebiete müssen gemieden werden, um sich nicht erhöhter Gefahr auszusetzen. [...] Meist geschehen diese Übergriffe unter den Augen von Passanten, die jedoch fast immer wegschauen. Anzeigen wegen Körperverletzung werden in den seltensten Fällen erstattet, da die Angst und der psychische Druck der Überfallenen sehr groß sind.« (GAG 1999a)

Für die Betroffenen rechter Gewalt hatte das weitreichende Folgen. Die Bedrohungslage gerade für alternative Jugendliche blieb anhaltend hoch und so sahen sie sich – zum Teil mitsamt ihren Familien – zum Wegzug aus dem Stadtteil gezwungen. Die rechte Rauman eignung und Normalisierung rechter Lebenswelten in Leipzig-Grünau wirken sich in zwei wesentlichen Punkten auf die politische Kultur im Stadtteil aus:

Erstens wird deutlich, dass *Rassismus und regressive Stadtteilkultur* zu keinem Zeitpunkt wirklich herausgefordert wurden. Allein antifaschistische Jugendliche solidarisierten sich mit den massiv von Gewalt betroffenen Geflüchteten in Grünau und thematisierten die Unterbringung in Sammelunterkünften und Versorgung mit »Essensgutscheinen« anstelle von Bargeld (KAHINA 2000: 8-9). Das Gewalthandeln der Neonaziszene wurde erst nach längerer Auseinandersetzung als Problem anerkannt. Dabei blieb es im Wesentlichen auch: Die lokale Situation sowie Einstellungen und Ressentiments wurden nicht in den Fokus gerückt. Insofern kann den städtischen Behörden rückblickend eine gewisse Blindheit gegenüber der strategischen Gewaltdistanz von Teilen der Szene, den Hegemoniebestrebungen einer modernisierten Rechten (Wagner et al. 1999: 31) und der konkreten Dominanz rechter Akteur:innen sowie einer regressiven Stadtteilkultur im Alltag Leipzig-Grünau unterstellt werden.

Zweitens wird eine Verschränkung von *Schrumpfung und »Alternative Drain«* (Hagemann/Stecker 2004: 12) deutlich. Die Bevölkerung Grünau schrumpfte schon seit den frühen 1990er-Jahren und insbesondere im Kontext des Kirscherhauskonflikts äußerten Betroffene und Zeitzeug:innen, dass alternativ geprägte Milieus den Stadtteil nicht nur mieden, sondern in hoher Zahl verließen. Den Wegzug vollzogen in dieser Zeit hauptsächlich besser qualifizierte, flexible und jüngere Bewohner:innen. »Überalterung« (Kabisch et al. 2005: 17) wurde binnen zweier Jahrzehnte zu einem der drängendsten Probleme des Stadtteils (Kabisch et al. 2010: 16-19) – was heute wiederum gerade seitens der älteren Bevölkerung als Verlust von Lebensqualität beschrieben wird (Budnik et al. 2017: 89). Es kam zu einem regelrechten »Aternative Drain«, so Hagemann und Stecker (2004: 12-13). Im Zuge dessen »dünnst sich das Potenzial demokratischer und zivilgesell-

schaftlicher Gegenkräfte aus« (ebd.). Die *rechte Raumnahme* ist also aufs Engste mit den Schrumpfungs- und Peripherisierungsprozessen verwoben.

4. Der lange Schatten der Baseballschlägerjahre

Lange Zeit blieben solche Dynamiken unbeachtet. Erst die Social-Media-Kampagne des Journalisten Christian Bangel (2019) unter dem Hashtag #baseballschlägerjahre verhilft Betroffenenberichten in den letzten Jahren zu einer breiten Öffentlichkeit und thematisiert das staatliche wie gesellschaftliche Versagen, das weit über frühen 1990er-Jahre hinaus lokale Gesellschaft in Ostdeutschland nachhaltig prägt. Auch wenn die jugendkulturelle und gewaltförmig-deviante Erscheinungsform neonazistischer Szenen in den 2000er-Jahren wahrnehmbar zurückging, hinterließ sie vielerorts ein »differenziertes Netz rechtsradikaler BürgerInnen« (Bürk 2012: 347). Alternative Gegenkulturen und antirassistisch »heterotopisch-tolerante Orte« (ebd.: 348), die gerade im Osten eine Basis für eine aktive Zivilgesellschaft bilden, werden über die 1990er-Jahre hinaus nachhaltig aus dem Stadtteil verdrängt. Währenddessen wird die regressive Stadtkultur der weißen Mehrheitsbevölkerung, die durch Wegsehen, Entsolidarisierung und geteilte rassistische Ressentiments bestimmt ist, kaum herausgefordert. Schon 2004 stellen Kabisch et al. (2005: 90) für Grünau fest: »Probleme wie Arbeitslosigkeit, Abwanderung, Überalterung sowie die Angst vor Ausländern und Angehörigen unterer sozialer Schichten verschmelzen zu einem stark pessimistischen Zukunftsbild«. Unter Langzeitbewohner:innen sind diese geteilten Erfahrung einer *anhaltenden Peripherisierung* des Stadtteils Leipzig-Grünau konstitutiv für ein Milieu der »Alteingessenen« (G2 2018). Beide Phänomene, eine rassistische und regressive Stadtteilkultur sowie die Ablehnung gegenüber alternativen, zivilgesellschaftlichen Orten, prägen den Stadtteil auch im folgenden Jahrzehnt. So wird bspw. 2012 eine Gemeinschaftsunterkunft für Asylsuchende, die im Zuge progressiver »Dezentralisierung« geschaffen werden sollte, nach rassistischen Protesten durch Anwohner:innen verhindert (Kausch et al. 2012) und Projekte wie »Bunte Platte« und »KOMM-Haus« werden wiederholt Ziele von Angriffen und sogar Brandschlägen (chronik.LE 2009: 21-22; 37).

Die Desintegration und offene Ablehnung gegenüber Migrant:innen und Geflüchteten prägen Grünau bis heute (u.a. Budnik et al. 2017: 89). Die Stadtentwicklung Leipzigs nach 2010 (ebd.: 82), ebenso wie die Zunahme von Segregation in ostdeutschen Großwohnsiedlungen (Helbig/Jähnen 2018), verstärken die Polarisierung zwischen den Stadtteilbewohner:innen entlang ethnisierender Zuschreibungen. Geflüchtete, die aus Gemeinschaftsunterkünften in reguläre Wohnungen ziehen, finden nahezu ausschließlich in Großwohnsiedlungen Wohnraum (Hummel et al. 2017) und auch bei Zwangszuweisung in kommunale Wohnungs-

bestände dominiert Grünau-Mitte (Budnik et al. 2017: 84). Angebotsmieten sind hier aufgrund des hohen Leerstandes günstig und Großunternehmen, die Wohnraum im Zuge der Kommodifizierung der DDR-Wohnungsbestände erworben hatten, vermieten geschäftsmäßig an Empfänger:innen staatlicher Wohnungssubvention (Bernt/Holm 2020: 107; G4 2018). Zugleich hat sich um Schlagworte wie ›Alteingesessene‹, ›soziale Entmischung‹, ›Zuzug von Prekarisierten und Migrantiserten‹, ›Verlust städtischer Infrastruktur‹ sowie ›Konflikte im öffentlichen Raum‹ eine hegemoniale Deutung der Stadtteilentwicklung durchgesetzt, die prägend für das Bild Grünaus als »zentrale Peripherie« (Förtner et al. 2019: 38) ist. Gegenüber den regressiven Politiken und ressentimentgeladenen Ansprachen der AfD sind diese Deutungen überaus anschlussfähig (vgl. Zschocke 2019). So beklagt die AfD-Stadtratsfraktion im Juni 2018 unter dem Titel »Grünau: Schatten und Licht«, dass das »Integrierte Stadtentwicklungskonzept Grünau 2030« (Stadt Leipzig 2018) dem Stadtteil nur »scheinbar eine rosige Zukunft verspricht«. Dabei beunruhigt die AfD insbesondere »die Tendenz zur Verschlechterung der Sozialstruktur«, konkret der »fortschreitende Zuzug von einkommensschwachen Einwohnern und der weitere Zuzug von Migranten. Und dies ohne verwaltungsseitige Überlegungen zum Gegensteuern!«. Darüber hinaus bemängelt sie die Zentralisierung und den Wegfall von Infrastruktureinrichtungen und sorgt sich insbesondere um »ältere Grünauer« (AfD-Stadtratsfraktion 2018). Eine Ansprache, die durchaus ihre Wirkung entfaltet, wie auch Expert:innen bestätigen (G1 2018; G3 2018).

5. Fazit

Wie Thomas Bürk (2012: 348-350) zeigt, haben die unwidersprochene Raumnahme neonazistischer Akteur:innen und eine fremdenfeindliche, bisweilen rassistische Stadtkultur in ostdeutschen Kleinstädten nachhaltigen Schaden angerichtet. Eine vergleichbare Verflechtung ist auch für die *zentrale Peripherie* Leipzig-Grünau charakteristisch, wo die akzeptierende Jugendarbeit rechte Raumnahmebestrebungen und neonazistische Dominanz der Jugendkultur verstetigte und rechte *Normalisierungsgewinne* institutionalisierte. Darüber hinaus belegt der Konflikt um das Kirschberghaus die Wirkung weiterer lokaler Kontextfaktoren. Der periphere Charakter der Großwohnsiedlung infolge der ›Wende‹; eine regressive politische Kultur, die ignoriert und Betroffene rechter Gewalt ausgrenzt, sowie die falsche Toleranz von Behörden gegenüber der rechten Szene haben die Baseballschlägerjahre in Grünau möglich gemacht.

Die rechte Raumnahme wirkt wiederum auf den Stadtteil und Alltag seiner Bewohner:innen zurück. Der »*Alternative Drain*« (Hagemann/Stecker 2004: 12), die Verdrängung alternativer Akteur:innen und die Behinderung einer *reflexiven*

Stadtgesellschaft, ist mit den Prozessen der Schrumpfung und Peripherisierung verschränkt. Die nachhaltige Schwächung der lokal aktiven Zivilgesellschaft infolge der Baseballschlägerjahre zeigt, wie »demokratiefeerne Räume« (Richter/Bösch 2017) entstehen, die neben anhaltender Verunsicherung durch Stadtentwicklungsprozesse und zunehmender Segregation zum heutigen Erfolg der AfD in Leipzig-Grünau beitragen. Ob es sich hierbei um ein leipzigspezifisches Muster handelt oder ob Großwohnsiedlungen weitergehende Bedeutung für die Stimmengewinne der AfD im Osten haben, bleibt zu klären. Deutlich wird jedoch: Regressive Politiken profitieren von einer anschlussfähigen politischen Kultur vor Ort und dem dauerhaften Ausbleiben ernsthaften Widerspruchs, dem Mangel an einer *reflexiven Stadtgesellschaft*. Sie ist das Gegenbild einer feindseligen Normalität, in der regressive Einstellungspotentiale und eine »harmonisierende Gemeinschaftlichkeit« (Grau/Heitmeyer 2013: 33) dominant zu werden drohen (Bandt et al. 2021).

Interviews

G1 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 22.03.2018.

G2 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 05.04.2018.

G3 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 21.03.2018.

G4 (2018): Expert:inneninterview in Grünau, 22.03.2018.

Literatur

- AfD-Stadtratsfraktion (2018): Grünau. Schatten und Licht, <http://fraktionleipzig.webair24.de/presse/pressemitteilungen/gruenau-schatten-und-licht-9495.html> vom 12.02.2021.
- Arzheimer, Kai/Schoen, Harald/Falter, Jürgen W. (2001): »Rechtsextreme Orientierungen und Wahlverhalten«, in: Wilfried Schubarth/Richard Stöss (Hg.), *Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 220-245.
- ASN (1998): »Interview mit jugendlichen Grünauer Antifas«, in: *Klarofix* 11/1998, Leipzig, S. 6-11.
- (2020): »Ursachen der Regression. Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage!«. Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Carina Book/Nikolai Huke/Norma Tiedemann (Hg.), *Autoritärer Populismus*, S. 132-149.
- Bandt, Emily/Hemmann, Max/Zschocke, Paul (2021): *Gegen die harmonisierende Gemeinschaftlichkeit: Potenziale und Grenzen zivilgesellschaftlicher Doku-*

- mentation am Beispiel der Plattform chronik.LE. In: IDZ (Hg.): Wissen schafft Demokratie. Schwerpunkt Ursachen von Ungleichwertigkeitsideologien und Rechtsextremismus, Band 10. Jena, S. 150-161. Bangel, Christian (2019): »Neonazis: Und immer wieder das Gefühl, dass die Polizei nicht helfen wird«, in: Die Zeit vom 07.11.2019, <https://www.zeit.de/2019/46/neonazis-jugend-nachwendejahre-ostdeutschland-mauerfall> vom 06.03.2021.
- Bernt, Matthias/Holm, Andrej (2020): »Die Ostdeutschlandforschung muss das Wohnen in den Blick nehmen«, in: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 8, S. 97-114.
- Bescherer, Peter/Burkardt, Anne/Feustel, Robert et al. (Hg.) (2021): Urbane Konflikte und die Krise der Demokratie. Stadtentwicklung, Rechtsruck und Soziale Bewegungen (= Raumproduktionen: Theorie und gesellschaftliche Praxis, Band 36), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Borstel, Dierk/Luzar, Claudia (2016): »Geländegewinne – Update einer Zwischenbilanz rechtsextremer Erfolge und Misserfolge«, in: Stephan Braun/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hg.), Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 39-54.
- Buchstein, Hubertus/Heinrich, Gudrun (Hg.) (2010): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Demokratie und Rechtsextremismus im ländlichen Raum (= Wochenschau Wissenschaft), Schwalbach/Ts.: Wochenschau-Verl.
- Budnik, Maria/Grossmann, Katrin/Haase, Annegret/Haid, Christian/Hedke, Christoph/Kullmann, Katharina/Wolff, Manuel (2017): Divercities. Dealing with Urban Diversity (= Divercities: dealing with urban diversity), Utrecht: Utrecht University. Faculty of Geosciences.
- Bürk, Thomas (2012): Gefahrenzone, Angstraum, Feindesland: stadtkulturelle Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit und Rechtsradikalismus in ostdeutschen Kleinstädten (= Raumproduktionen, Band 14), Münster: Westfälisches Dampfboot.
- chronik.LE (2009) (Hg.): Leipziger Zustände 2009, Leipzig. Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Brähler, Elmar (2018): »Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018«, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft: die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 65-115.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Schuler, Julia/Handke, Barbara/Pickel, Gert/Brähler, Elmar (2020): »Die Leipziger Autoritarismus Studie 2020. Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf«, in: Oliver Decker/Elmar Brähler (Hg.), Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Leipziger Autoritarismus Studie 2020, Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 27-88.
- Förtner, Maximilian/Belina, Bernd/Naumann, Matthias (2019): »Stadt, Land, AfD«, in: sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung 7, S. 23-44.

- GAG (1999a): »Brief Grünauer Jugendlicher an die Stadtverwaltung«, in: Grün-AS 03/1999.
- (1999b): »Schluß mit dem Gejammer der Grünauer Nazis«, in: Klarofix 01/1999, Leipzig, S. 4-5.
- (2001): »... unsere Taktik ist, weiter Druck zu machen ...!«, in: Klarofix 01/2001, Leipzig, S. 34-37.
- GAG/BGR/ASN (2000): »Wir wollen kein Teil einer Nazibewegung sein!«. Aufruf zur Antifa-Demo am 17.6.2000, in: Klarofix 05/2000, Leipzig, S. 18-19.
- Geilen, Jan L./Mullis, Daniel (2021): »Polarisierte Städte: Die AfD im urbanen Kontext. Eine Analyse von Wahl- und Sozialdaten in sechzehn deutschen Städten«, in: *Geographica Helvetica* 76, S. 129-141.
- Goerres, Achim/Spies, Dennis C./Kumlin, Staffan (2018): »The Electoral Supporter Base of the Alternative for Germany«, in: *Swiss Political Science Review* 24, S. 246-269.
- Grau, Andreas (2017): »Zum Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im lokalen Raum«, in: Kemal Bozay/Dierk Borstel (Hg.), *Ungleichwertigkeitsideologien in der Einwanderungsgesellschaft*, Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 7-23.
- Grau, Andreas/Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2013): *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden (= Konflikt- und Gewaltforschung)*, Weinheim/Basel: Beltz Juventa.
- Grunze, Nico (2017): *Ostdeutsche Großwohnsiedlungen. Entwicklungen und Perspektiven (= Quartiersforschung)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Gundelach, Birte (2017): »Soziales Vertrauen in ethnisch heterogenen Nachbarschaften«, in: *Soziale Probleme* 28, S. 207-222.
- Hagemann, Anke/Stecker, Heidi (2004): Leipzig streitet um das Kirschberghaus. Working Paper.
- Heitmeyer, Wilhelm (1999): »Sozialräumliche Machtversuche des ostdeutschen Rechtsextremismus. Zum Problem unzureichender politischer Gegenöffentlichkeit in Städten und Kommunen«, in: Peter E. Kalb/Karin Sitte/Christian Petry (Hg.), *Rechtsextremistische Jugendliche – was tun?* 5. Weinheimer Gespräch, Weinheim: Beltz, S. 47-79.
- (Hg.) (2007): *Deutsche Zustände. Folge 5*, Berlin: Suhrkamp.
- Helbig, Marcel/Jähnen, Stefanie (2018): *Wie brüchig ist die soziale Architektur unserer Städte? Trends und Analysen der Segregation in 74 deutschen Städten*, Berlin.
- Helles Sachsen (2019): *Baseballschlägerjahre*, <https://twitter.com/HellesSachsen/status/1194454568240844802> vom 03.06.2021.
- Hummel, Steven/Krasowski, Beate/Midelia, Sotiria/Wetendorf, Juliane (2017): *Rassistische Diskriminierung auf dem sächsischen Wohnungsmarkt. Situationsbeschreibung & Handlungsempfehlungen*, Leipzig.

- Hüpping, Sandra/Reinecke, Jost (2007): »Abwärtsdriftende Regionen. Die Bedeutung sozioökonomischer Entwicklungen für Orientierungslosigkeit und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit«, in: Wilhelm Heitmeyer (Hg.), *Deutsche Zustände. Folge 5*, Berlin: Suhrkamp, S. 77-101.
- Intelmann, Dominik (2020): »Kapitalmangel und Transferabhängigkeit. Zur Politischen Ökonomie Ostdeutschlands«, in: Sören Becker/Matthias Naumann (Hg.), *Regionalentwicklung in Ostdeutschland. Dynamiken, Perspektiven und der Beitrag der Humangeographie*, Berlin: Springer Spektrum, S. 99-110.
- Julke, Ralf (2020): »Schon zur Landtagswahl war der deutliche Unterschied zwischen Stadtrand und Innenstadt in Leipzig unübersehbar«, in: *Leipziger Zeitung* 2020.
- Kabisch, Sigrun/Berndt, Matthias/Fritzsche, Annett (2005): *Grünau 2004. Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«*. Ergebnisbericht, Leipzig.
- Kabisch, Sigrun/Großmann/Katrin (2010): *Grünau 2009. Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«*. Ergebnisbericht, Leipzig.
- Kahane, Anetta (1999): »Die reine Lehre ist die reine Leere. Zur Kritik der akzeptierenden Sozialarbeit«, in: *Bulletin. Schriftenreihe Zentrum für demokratische Kultur* 1, S. 5-7.
- KAHINA (2000): »Forderungen der Leipziger Flüchtlinge aus allen Asylheimen«, in: *Klarofix* 07-08/2000, Leipzig, S. 8.
- Kasek, Jürgen (2019): *Baseballschlägerjahre*, <https://juergenkasiek.wordpress.com/2019/11/01/baseballschlaegerjahre/> vom 03.06.2021.
- Kausch, Stefan/Stärck, Alexander/Sternberger, Katja (2012): »Leipzigs lokale Kämpfe zwischen Rassifizierungen und (De-)Klassifizierungen. Zur Auseinandersetzung um die dezentrale Asylunterbringung in Leipzig«, in: *chronik. LE* (Hg.), *Leipziger Zustände 2012*, Leipzig, S. 18-20.
- Klarofix (1998): »Raus aus dem Osten. Rassistische Überfälle in Grünau«, in: *Klarofix* 11/1998, Leipzig, S. 4-5.
- Klarofix (1999): »Grünau I. Warum eingreifen?«, in: *Klarofix* 03/1999, Leipzig, S. 16-21.
- Kraft, Kristina/Freiheit, Manuela (2011): »Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit vor Ort. Perspektiven auf Konflikte und Potentiale in einem sich wandelnden Quartier«, in: Oliver Frey (Hg.), *Positionen zur Urbanistik II*, Wien: LIT, S. 147-168.
- Lengfeld, Holger (2018): »Der »Kleine Mann« und die AfD: Was steckt dahinter? Antwort an meine Kritiker«, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 70, S. 295-310.
- Marth, Julia (2013): »Politische Machtlosigkeit, Fremdenfeindlichkeit und sozialer Zusammenhalt im lokalen Kontext«, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer

- (Hg.), *Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden*, Weinheim, Basel: Beltz Juventa, S. 58-92.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein. Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin: Suhrkamp.
- Meltschack, Anett/Roth, Alexander/Beyer, Thomas (2021): *Glatzen, Chaos und Gewalt. Die Baseballschlägerjahre im Osten*. MDR Zeitreise.
- Mullis, Daniel/Zschocke, Paul (2019): *Regressive Politiken und der Aufstieg der AfD*, Frankfurt am Main.
- (2020): »Ursachen der Regression. Ökonomische Abstiegsängste oder Cultural Backlash? Die falsche Frage!«. Überlegungen anhand empirischer Eindrücke aus Frankfurt am Main und Leipzig, in: Carina Book/Nikolai Huke/Norma Tiedemann (Hg.), *Autoritärer Populismus*, S. 132-149.
- Naber, Michael (2019): »Wahlanalysen zur Landtagswahl 2019. Typisierung von Wahlbezirken nach Wahlverhalten und demografischer Struktur«, in: Stadt Leipzig/Amt für Statistik und Wahlen (Hg.), *Statistischer Quartalsbericht Leipzig III/2019*, Leipzig, S. 13-17.
- Quent, Matthias (2016): »Sonderfall Ost – Normalfall West? Über die Gefahr, die Ursachen des Rechtsextremismus zu verschleiern«, in: Wolfgang Frindte/Daniel Geschke/Nicole Haußecker et al. (Hg.), *Rechtsextremismus und »Nationalsozialistischer Untergrund«*. Interdisziplinäre Debatten, Befunde und Bilanzen, Wiesbaden: Springer VS, S. 99-118.
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien (= Edition Rechtsextremismus)*, Wiesbaden: Springer VS.
- Rassismus Tötet (2012): »Der schmale Grat zwischen Stimmungsmache und Gewalt. Leipzig rassistisch – Von den 1990er Jahren bis in die Gegenwart«, in: chronik.LE (Hg.), *Leipziger Zustände 2012*, Leipzig, S. 6-10.
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2019): *Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden*, Jena.
- Richter, Christoph/Bösch, Lukas (2017): *Demokratieferne Räume? Wahlkreisanalyse zur Bundestagswahl 2017*.
- Rink, Dieter (2010): »Schrumpfen als Transformationsproblem. Ursachen und Verlaufsformen von Schrumpfung in Ostdeutschland«, in: Matthias Bernt/Michael Haus/Tobias Robischon (Hg.), *Stadtumbau komplex. Governance, Planung, Prozess*, Darmstadt: Schader-Stiftung, S. 58-77.
- Schneider, Ray/Mareth, Connie (2020): *Haare auf Krawall. Jugendsubkultur in Leipzig 1980-1991*, Fuchshain: Backroad diaries Verlag.
- Siegel, Philip/Schapira, Esther (1991): *Brennt sie nieder. Ausländer in Ostdeutschland*, Köln: Westdeutscher Rundfunk.

- Stadt Leipzig (2018): Integriertes Stadtteilentwicklungskonzept Leipzig-Grünau 2030, Leipzig.
- Stöss, Richard (2000): Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.
- Vehrkamp, Robert (2021): Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. Einwurf 01/2021. Bertelsmann Stiftung. Onlineabrufbar: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf, vom 20.10.2021.
- Vöckler, Jens (2019): »Ergebnisse der 2019er Wahlen in den Ortsteilen der Stadt Leipzig«, in: Stadt Leipzig/Amt für Statistik und Wahlen (Hg.), Statistischer Quartalsbericht Leipzig III/2019, Leipzig, S. 18-38.
- Wagner, Bernd (2002): »Kulturelle Subversion von rechts in Ost- und Westdeutschland: Zu rechtsextremen Entwicklungen und Strategien«, in: Thomas Grumke/Bernd Wagner (Hg.), Handbuch Rechtsradikalismus. Personen – Organisationen – Netzwerke vom Neonazismus bis in die Mitte der Gesellschaft, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 13-28.
- Wagner, Bernd/Weber, Ilona/Kirschnick, Sylke (1999): »Rechtsextreme Erscheinungen und rechtsextreme Bestrebungen in Leipzig-Grünau im Zusammenhang mit Jugend und Jugendarbeit. Eine Darstellung bedeutsamer Aspekte«, in: Bulletin. Schriftenreihe Zentrum für demokratische Kultur 1, S. 19-33.
- Wolf, Carina/Grau, Andreas (2013): »Relative Deprivation und Abstiegsängste in Sozialräumen«, in: Andreas Grau/Wilhelm Heitmeyer (Hg.), Menschenfeindlichkeit in Städten und Gemeinden, Weinheim/Basel: Beltz Juventa, S. 112-131.
- Zschocke, Paul (2019): »Im Schatten der Stadt. Ist Leipzig-Grünau ein Modellwahlbezirk der AfD?«, in: Leipziger Zustände 2019, S. 68-71.